

2/XVIII/91

Bonn, den 14. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Die Präambel ----- Vor der Entscheidung über den deutsch-französischen Vertrag	42
2	Die deutschen Frauen haben ihr viel zu verdanken ----- Zum Tode von Herba Gotthelf	50
3 - 4	In Niedersachsen regieren Sozialdemokraten ----- Zur niedersächsischen Landtagswahl am 19. Mai 1963	67
5	Aus dem Hinterhalt abgeschossen ----- Die CDU und die Meinungsfreiheit Der unbequeme Rundfunkmann	39
6	Kontakt nach allen Seiten ----- Prüfstein der jugoslawischen Ostanfälligkeit Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	43

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Präambel

### Vor der Entscheidung über den deutsch-französischen Vertrag

sp- Es begann im Sommer 1962, anlässlich des Besuches von Dr. Adenauer in Reims, daß man in Bonn und Paris gleichermaßen glaubte, ein deutsch-französischer Sondervertrag werde die Krönung der Europa-politik sein. Über viele Unklarheiten hinweg gewann man schließlich die Erkenntnis, daß die deutsch-französische Aussöhnung - die bereits im Rahmen der westlichen Schicksalsgemeinschaft zu einer Tatsache geworden war - durch diesen Vertrag nicht die anderen von der Bundesrepublik eingegangenen Vertragsverpflichtungen im Rahmen der westlichen Gemeinschaft neutralisieren oder gar blockieren dürfe.

Bundeskanzler Dr. Adenauer, Außenminister Dr. Schröder und die Experten des Auswärtigen Amtes wollten zunächst von derartigen Vorbehalten nichts wissen. Sie meinten, es sei doch selbstverständlich, daß weder de Gaulle noch Adenauer irgend etwas der westlichen Gemeinschaft Abtrüglisches im Schilde führten und verdächtigten gelegentlich sogar Politiker mit gegenteiligen Auffassungen, sie wollten die deutsch-französische Aussöhnung nicht.

Nun sind seither einige Monate vergangen. Man hat feststellen müssen, daß zahlreiche mit der Bundesrepublik befreundete Staaten ähnliche Vorbehalte hatten, wie sie hier erwähnt werden und gab schließlich dem Drängen der SPD nach, mit Hilfe einer Präambel zum Vertragswerk diese Bedenken mindestens zu zerstreuen.

Das ist die Vorgeschichte der Präambel, die jetzt nach einem Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages dem deutsch-französischen Vertrag vorangestellt werden soll.

- \* Hier heißt es klar und deutlich, daß durch diesen Vertrag
- \* die Rechte und Pflichten anderer Verträge unberührt bleiben.
- \* Es wird der Wille kundgetan, der Vertrag solle die Ziele
- \* fördern, die die Bundesrepublik in Gemeinschaft mit den an-
- \* deren ihr verbündeten Staaten seit Jahren anstrebt und die
- \* ihre Politik bestimmen.

- \* Die enge Partnerschaft zwischen Europa und den USA, die
- \* gemeinsame Verteidigung im Rahmen des atlantischen Bünd-
- \* nisses, die Integrierung der Streitkräfte, die Einbeziehung
- \* Großbritanniens und der Beitritt anderer Staaten zum geeinten
- \* Europa sowie die Wiederherstellung der deutschen Einheit -
- \* alle diese Ziele werden ausdrücklich genannt und zwar mit
- \* dem Hinweis, daß der deutsch-französische Vertrag der Ver-
- \* wirklichung gerade d i e s e r Ziele dienen soll.

Wenn der Bundestag demnächst die skizzierte Präambel gemein-sam mit dem Vertragstext billigt, kann kein Zweifel darüber bestehen, in welchem Geist jede deutsche Regierung den deutsch-französischen Vertrag in der Praxis anzuwenden verpflichtet ist.

## Die deutschen Frauen haben ihr viel zu verdanken

### Zum Tode von Herta Gotthelf

P.M. - In einem Erholungsort an der Mosel ist Herta Gotthelf, die langjährige Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauenorganisation, einem Schlaganfall erlegen, der sie wenige Tage zuvor teilweise gelähmt hatte. Nur 60 Jahre alt ist sie geworden. Die gebürtige Breslauerin war aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung hervorgegangen, der sie sich 1920 unter dem frischen Eindruck des Revolutionserlebnisses angeschlossen hatte. Da der auf elterliches Anraten erlernte Beruf im Bankfach ihr nicht die erhoffte Befriedigung gewährte, verschrieb sie sich ganz der Politik. Das geistige Rüstzeug vermittelte ihr ein Lehrgang an der eben gegründeten Akademie für Arbeit in Frankfurt, nach dessen Abschluß sie als erste Volontärin beim SPD-Parteivorstand in Berlin eingestellt wurde. Das zentrale Frauensekretariat war die letzte Etappe ihrer Lehrzeit. Mit der Berufung an die parteigenössische Frauenpresse erfüllte sich ihr Jugendtraum. Sie wurde die rechte Hand von Marie Juchacz, und bald lag die Redaktion des Funktionärs-Organs "Genossin" ganz in ihren Händen. Aber auch alle anderen Arbeiten des Frauenbüros wurden ihr anvertraut, und sie durfte auf fast allen internationalen Frauenkonferenzen dabei sein.

1933 nach London verschlagen, stand Herta Gotthelf zunächst in hartem Ringen um die Existenz. Als Scheuerfrau, Kindermädchen und Übersetzerin verdiente sie sich in den ersten Jahren ihren Lebensunterhalt, und erst später konnte sie Aufgaben übernehmen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen angemessener waren. Eine Zeitlang war sie die Sekretärin von Ernst Toller. Ihr Hauptanliegen galt freilich der organisatorischen Wiederausammenführung der aus Hitler-Deutschland vertriebenen weiblichen Gesinnungsfreunde und die Aufrechterhaltung der Kontakte zur internationalen Frauenbewegung.

Als 1946 der Ruf an sie erging, die sozialdemokratische Frauenorganisation in Deutschland wieder aufzubauen, hat sie keine Minute gezögert. Zwölf Jahre lang hat sie als Leiterin des zentralen Frauenbüros dem Parteivorstand angehört, und auch nach ihrer Ablösung blieb sie als Schriftleiterin der von ihr wiederbegründeten "Gleichheit" mit der Parteiarbeit eng verbunden. Sie hat es verstanden, der traditionsreichen, auf Clara Zetkin zurückgehenden Frauenzeitschrift eine eigene Note zu geben und ihr in sozialdemokratischen Frauenkreisen eine beträchtliche Resonanz zu verschaffen.

"Mit der Politik verheiratet" zu sein hat sie stets als ein Glück empfunden, und es war ihr Bestreben, das Männerwerk mit fraulichem Charme zu durchdringen. "Tierischer Ernst" war ihr ebenso wesensfremd wie ausgeklügelte Taktik, die Politik war ihr immer eine Sache der Moral und der Menschlichkeit. Was ihr Wesen ausströmte, nämlich Einfachheit, unkomplizierte Betrachtungsweise, gesunde Frische und natürlichen Frohsinn, das kennzeichnet auch alles, was sie sagte und schrieb. Die deutschen Frauen haben ihr einiges zu verdanken, denn sie hat ihnen die politische und rechtliche Gleichstellung erkämpfen helfen. Obwohl ihr Aufgabenkreis in den letzten Jahren kleiner geworden war, wird die Lücke, die sie hinterläßt, spürbar werden, und schon das Bewußtsein, daß sie nicht mehr da ist, wird schmerzlich sein für ihre zahlreichen Freunde, hier daheim und weit draußen in der Welt.

In Niedersachsen regieren Sozialdemokraten

Zur niedersächsischen Landtagswahl am 19. Mai 1963

sp-Hannover

Nach den ersten Wochen eines sachlich und - zum größten Teil - auch ruhig verlaufenen Wahlkampfes wird das Land Niedersachsen vor seiner Landtagswahl, am 19. Mai 1963, von einer geradezu hektischen Wahlkampf-atmosphäre erfüllt. SPD und CDU haben ihre prominentesten Redner auf die gleiche Route geschickt. Berlins Regierender Bürgermeister und sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, Willy Brandt, kann sich durchaus in der Wählergunst mit dem Kanzlernachfolger Prof. Erhard messen. Das Wahlbarometer scheint - ausgehend von den Besuch der Wahlversammlungen und der "Stimmung im Volke" - für die Sozialdemokraten in Niedersachsen bedeutend besser zu stehen, als für die CDU.

Das ist auch in einem Lande, in dem ein Mann wie Hinrich-Wilhelm Kopf als Ministerpräsident die Regierung leitete und an dessen Spitze heute der sozialdemokratische Regierungschef Dr. Diederichs steht, durchaus verständlich. Einmal konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil von Landtagswahl zu Landtagswahl erhöhen (1951 - 33,1; 1955 - 35,2; 1959 - 39,5 Prozent), zum anderen verfolgten sie auch eine zielstrebige, dem Volksganzen dienende Politik und verwarfen dabei alle engen parteipolitischen Ressentiments. Das aus SPD-, FDP- und GDP-Minister bestehende Kabinett vermag das nicht besser zu beweisen, gleichwie das Streben nach Toleranz und nach Ausgleich in der vielschichtigen Bevölkerung mit ihrem starken agrarpolitischen Einschlag von den niedersächsischen Menschen erkannt worden ist.

Zonengrenzprobleme

Niedersachsens landespolitische Aufgaben sind anderer Natur als in anderen Bundesländern. Die Länge der Zonengrenze löst besonder Probleme aus. Ausgesprochen agrarwirtschaftlich genutzt Flächen wechseln mit Gebieten, die Ballungstendenzen nach dem Muster westdeutscher Großstädte unterworfen sind. Groß ist der Flüchtlingsanteil. Große kulturpolitische Aufgaben erwachsen aus der unterschiedlichen Landesstruktur.

Besonders umfangreich war das sozialpolitische Aufgabengebiet, dem sich die niedersächsischen Regierungen mit beispielhafter Intensität widmeten. So waren nach 1945 allein 62 Krankenhäuser in Niedersachsen beschädigt. In nichtlandeseigenen Krankenhäusern fehlten 40.000 Betten. Aus diesem Grunde wurde ein Krankenhaus-Schwerpunktprogramm entwickelt,

das beispielhaft für die anderen Flächenländer der Bundesrepublik war-  
de. In Niedersachsen stehen jetzt 444 Krankenhäuser. Im Durchschnitt sind  
es 998 Planbetten für je 1.000 Einwohner. Von 1948 bis 1962 wurden in  
Niedersachsen für 450 Millionen DM nichtlandeseigene Krankenhäuser neu  
gebaut, erweitert oder verbessert und 30.000 Krankenhausbetten neu ge-  
schaffen. Das Land hat dazu über 87 Millionen DM verlorene Baukostenzu-  
schüsse und fast 12 Millionen DM Zinszuschüsse für Darlehen gegeben. Zur  
Schaffung von Krankenhauspersonal-Unterkünften wurden außerdem bis 1962  
rund 20 Millionen DM öffentliche Baudarlehen gewährt

Das Altersproblem steht im sozialpolitischen Bereich Niedersachsens  
an besonderer Stelle. Die Zahl der Menschen über 65 Jahre stieg von  
615.540 im Jahre 1950 auf 740.405 im Jahre 1960. In Verpflichtung gegen-  
über der älteren Generation wurden in Niedersachsen 104 Altersheime mit  
7.000 Wohnplätzen in 15 Jahren gebaut. Bis 1962 wurden allein 78 Alters-  
heime mit 4.717 Plätzen aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaues geför-  
dert. Allein 16,6 Millionen DM stellte das Land bereit.

#### Schaffung neuer Industrien

Das sind nur einige Detailprobleme, zu denen sich noch zahlreiche  
Anliegen in anderen Bereichen gesellen. Erst jetzt gab Ministerpräsident  
Dr. Biederichs bekannt, daß sich das Land an der Subventionierung des in  
wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen NE-Metall-Erzbergbaues im Harz  
beteiligen wolle. Die wirtschaftliche Sanierung des Landes kann noch  
nicht abgeschlossen sein. Es wurden aber schon gute Ansätze für Aus-  
gleichsindustrien und die Absicherung vorhandener wirtschaftlicher Schwer-  
punkte gemacht, wobei leider die helfende Hand des Bundes fehlte.

Niedersachsens CDU-Boß Dr. Otto Fricke, beinahe dem früheren DF-  
Vorsitzenden Hellwege, der inzwischen ODU-Mitglied wurde, unterliegender  
Spitzenkandidat seiner Partei, hat praktisch zum "Sturm auf die rote  
Landeshauptstadt Hannover" aufgerufen. Er umgibt sich gern mit solchen  
superlativen Vokabeln. Bei den letzten niedersächsischen Kommunalwahlen  
hatte er zum "Sturm" auf anscheinend "rote Rathäuser" angesetzt, ohne  
daß man seinen Sturm sonderlich ernst genommen hätte oder seine Attacke  
auch nur annähernd gelungen wäre. Auch sein neuer "Angriff" auf die nie-  
dersächsische Landeshauptstadt dürfte kaum gelingen.

Aus dem Hinterhalt abgeschossen

Die CDU und die Meinungsfreiheit

ap - Fein ist die Methode gerade nicht, deren sich die CDU-Verwaltungsratsmitglieder des Norddeutschen Rundfunks bedienten, um einen ihnen unbequem gewordenen Mann aus dem Hinterhalt abzuschies- sen. Das Argument, Gerd von Paczenski, der Leiter der beliebtesten Fernsehsendung "Parorama" sei ungeeignet für die Redaktionsführung, wurde freilich bald fallen gelassen; es wirkte ungläubwürdig und ging gründlich an der Sache vorbei.

Gewiß ist es Angelegenheit des Rundfunkrates allein, über die Erneuerung von Verträgen leitender Redakteure zu entscheiden, doch die Art, wie die CDU hier kalte Rache nahm, und ein Beispiel von Gewissens- und Meinungsfreiheit aus ihrer Sicht heraus setzte, kommt einem Skandal gleich.

Dieser bisher markanteste Versuch, die Unabhängigkeit von Rundfunkjournalisten einzuschränken und die Programmgestaltung einer Sen- dung zu beeinflussen, muß alle schockieren, denen der Geist unseres Grundgesetzes noch viel bedeutet. Hier feierte der nackteste Partei- egoismus einen düsteren Triumph, Gefahren zeichnen sich ab, deren es mit aller Entschiedenheit zu erwehren gilt. Sie werden nicht dadurch vermindert, daß die CDU-Verwaltungsratsmitglieder Gerd von Paczenski die weitere Mitarbeit am Rundfunk "gestatten" wollen; sie haben zwar nichts persönlich gegen ihn, bescheinigen ihm sogar Integrität und hohes journalistisches Können, doch wollen sie ihn nicht mehr in Eigen- verantwortung wirken lassen. Auch so kann man, gewissermassen von hinten, unbequeme Kritiker erledigen oder an die Kandare nehmen.

Und das ist es eben. Unbequeme Kritik, das Salz in einer leben- digen demokratischen Gesellschaft, kann die allergisch reagierende CDU nicht vertragen; sie sieht in ihr - welcher Vergleich zum Sprach- schatz vergangener Zeiten drängt sich auf - ein "zersetzendes Ele- ment". Ist der Mangel an Selbstvertrauen schon so groß ?!

Da bemüht sich der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Herr Dufhues, um mehr Verständnis für seine Partei bei den geistig beweg- lichen Schichten unseres Volkes und bei der Jugend. Aber das Beispiel von Intransigenz, das seine Partei in Hamburg gab, dürfte wohl kaum zum Brückenschlag geeignet sein. Es wirkt zutiefst abschreckend. - Was hier geschah, liegt in der gleichen Linie, wie das Verhalten der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Rollmann und Blumenfeld, die sich vor kurzem weigerten, an einer Gedächtnisfeier zu Ehren des von den Nationalsozialisten ermordeten einzigen deutschen Friedensnobel- preis-Trägers, Carl von Ossietzky, teilzunehmen ...

+ + +

Kontakt nach allen Seiten

Prüfstein der jugoslawischen Ostanfälligkeit

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Der Zufall wollte es, daß sich nach einer Serie von Ostblockbesuchern in Jugoslawien in den letzten Tagen, in Belgrad, politische Besucher häuften, deren Anwesenheit allein unter Beweis stellte, daß Jugoslawien nach wie vor an einer, zumindest, formalen Erhaltung seiner guten Kontakte zum Westen und zur blockfreien Welt interessiert ist. Der amerikanische Außenminister Dean Rusk, der finnische Staatspräsident Kekkonen, UNO-Generalsekretär U Thant und der ägyptische Staatspräsident Nasser gaben sich die Türlinke fast in die Hand.

Unabhängig von den konkreten politischen Ergebnissen dieser Besuche, beweisen diese, daß Belgrad trotz der proöstlichen Akzentverschiebungen an einem guten Verhältnis zur blockfreien Welt wie auch zum Westen interessiert zu sein scheint, sicherlich nicht zuletzt deswegen, um nicht auf einen Satellitenstatus herabzusinken. In diesem Zusammenhang kommt dem zukünftigen bilateralen Verhältnis Washington - Belgrad zweifellos die größte Bedeutung zu. Die seit der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten etwas zerrütteten Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die ihren verspäteten Ausdruck in der Streichung der Meistbegünstigungsklausel für Jugoslawien sogar entgegen dem Willen Präsident Kennedys und seiner Administration gefunden haben, erheischen dringend eine klare Konzeption, gleichgültig wie immer diese ausfallen mag.

Eben diese Konzeption zu finden, dürfte eines der wesentlichen Anliegen des kurzen Besuches des amerikanischen Außenministers Dean Rusk gewesen sein. Nachdem sich die Vermutungen verdichten, daß der mit vielleicht allzu großen Hoffnungen nach Belgrad entsandte US-Botschafter George Kennan seinen Posten wohl doch aufgeben und in die amerikanische Laufbahn zurückkehren wird, bedarf die amerikanische Einstellung gegenüber Belgrad einer klareren Linie, soll der künftige US-Vertreter in der jugoslawischen Hauptstadt nicht erneut unter der Last einer nicht stets sehr realistischen Konzeption scheitern.

Für die Erkennung der jugoslawischen Einstellung zur blockfreien Welt dürfte jedoch der Besuch Nassers zweifellos von weit größerer Bedeutung sein, als all die übrigen Besuche. Die in letzter Zeit unter der Last sehr vielfältiger Ereignisse in Belgrad etwas zurückgedrängte Idee der Blockfreiheit und ihrer politischen Wirksamkeit im internationalen Geschehen wird zwar nicht ohne weiteres wiederzubeleben sein. Aber aus dem einerseits bereits vollzogenen, andererseits noch immer bis zu einem gewissen Grad in Frage gestellter Macht- und Prestigezuwachs des Ägyptens könnten gewisse Belohnungsversuche resultieren. Sicherlich wird Nassers Besuch in Belgrad ebenso wie der Rusk's einige Aufschluß darüber geben, wo die Grenzen der jugoslawischen Ostblockanfälligkeit liegen, mag diese Frage auch präzise erst einige Zeit nach der gegenwärtigen Besucherwelle zu beantworten sein.